

Walter Schmidt

18. März und 18. Mai 1848 im geschichtspolitischen Widerstreit

Der Kampf um den 18. März 1848

Vor dreieinhalb Jahrzehnten formierte sich im Herbst 1978 in Westberlin eine „Aktion“, die sich „18. März“ nannte. Sie trat am 2. Januar 1979 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, die Berliner Märzrevolution von 1848 als gemeinsamen Nationalfeiertag der beiden deutschen Staaten, von Deutscher Demokratischer Republik und Bundesrepublik Deutschland, zu proklamieren.¹ Unter den 269 Persönlichkeiten, die den Aufruf unterschrieben hatten, waren Politiker wie der Westberliner Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz und der Schriftsteller Martin Walser, der Historiker Peter Brandt, der konservative Publizist Wolfgang Venohr und last not least der durch die 1968er Bewegung politisierte aus einer Hamburger Bürstenmacherfamilie stammende Diplomkaufmann Volker Schröder, ein Gründungsmitglied und zeitweiliger Schatzmeister der Alternativen Liste Berlin. Inzwischen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, steht er bis heute als Motor an der Spitze dieser Bewegung. Erwartungsgemäß ließen sich weder Berlin/DDR noch Bonn/BRD damals darauf ein. Bonn wollte den 17. Juni, das Datum der Aufstandsbewegungen von 1953 in der DDR, als Feiertag behalten, und Berlin seinen 7. Oktober, den Gründungstag der DDR von 1949, auf keinen Fall aufgeben. Und auch heute besteht sicher kaum eine Chance, dass die Regierung des nun staatlich wieder einheitlichen Deutschland das sogenannte Einigungsdatum, den 3. Oktober von 1990, zugunsten des Gedenkens an die Berliner Märzrevolution des Jahres 1848 aufgeben würde. Die „Aktion 18. März“ ließ sich indes von Anfang an nicht beirren, hielt an ihrer Forderung fest und feierte Jahr für Jahr, auch durch von den DDR-Behörden beargwöhnte Kranzniederlegungen auf dem Märzriedhof im Berliner Friedrichshain, dieses Datum als nationalen Gedenktag der Deutschen. Sie nahm damit einen Kampf auf, der seit der Revolution von 1848 immer wieder um die Anerkennung dieses deutschen Achtundvierziger Gedenktags ausgetragen wurde. An ihn zu erinnern ist nicht ohne aktuellen Bezug.

Die Mainzer Republik

Der historische Platz des 18. März von 1848 in der deutschen Geschichte steht außer Frage. Vergessen war in der deutschen Öffentlichkeit allerdings fast vollständig, dass es bereits fünfeinhalb Jahrzehnte vor diesem Märztag des

¹ Zur Geschichte der „Aktion 18. März“ siehe Christoph Hamann: Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848. 30 Jahre „Aktion 18. März“, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009, H. II, S. 87-108. Siehe auch ders.: Trotz alledem – die Aktion 18. März, in: Christoph Hamann / Volker Schröder (Hg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist, Freiburg 2010, S. 40-60.

Jahres 1848 einen sehr frühen, aber gleichermaßen erinnerungswürdigen deutschen 18. März gibt, den Gründungstag der Mainzer Republik von 1793. Die Stadt Mainz selbst und das Land Rheinland-Pfalz hatten natürlich zu Jahrestagen, namentlich zum Bicentenaire 1993, wenn anfangs wegen des Einflusses, der von französischen Truppen auf das Geschehen ausging, und wegen der revolutionär-demokratischen, echt-jakobinischen Entschiedenheit ihrer Protagonisten auch recht kritisch, an die erste deutsche Republik erinnert.² 2009 unternahm „Die Zeit“ in einem die „geschichtsvergessene Demokratie“ in Deutschland scharf kritisierenden Artikel mit der Überschrift „220 Jahre Bundesrepublik“ als erste unter den Printmedien bundesweit einen gedanklichen Rückgriff auf die demokratische Tradition der Mainzer Republik.³ Der Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert machte dann in einer Rede im Bundestag am 4. März 2012 auf das geschichtsschwere Traditionsdatum deutscher Vergangenheit in der breiten Öffentlichkeit aufmerksam. Er sagte: „Dieser Tag, der 18. März, gehört zu den Daten, an denen – ähnlich wie am 9. November – immer wieder deutsche Geschichte geschrieben wurde. Dieser Tag steht wie nur wenige andere in einer bemerkenswerten Traditionslinie der deutschen Geschichte. Am 18. März 1793 wurde die ‚Mainzer Republik‘ proklamiert; sie war unter dem Eindruck und unter dem Einfluss der französischen Revolution der erste radikaldemokratische Versuch deutscher Jakobiner, eine Republik zu begründen.“⁴ In Lammerts Beisein wurde im Jahr darauf schließlich zu Ehren dieses ersten Demokratieversuchs in Deutschland zu dessen 220. Jahrestag am 18. März 2013 der zentrale Deuschhausplatz, wo die Mainzer Republik ausgerufen worden war, in „Platz der Mainzer Republik“ umbenannt.⁵

Unter dem Schutz französischer Revolutionstruppen unter General Adam-Philippe Custine, die in erfolgreicher Abwehr der Intervention einer Feudalkoalition von Österreich und Preußen gegen die französische Revolution in die Pfalz und ins Rheinland vorgestoßen waren, hatten rheinische Jakobiner, entschiedene Demokraten, unter ihnen der Mainzer Professor für Naturrecht Andreas Joseph Christian Hofmann und der dortige Universitätsbibliothekar und bedeutende Gelehrte und Schriftsteller Johann Georg Adam Forster 1792 einen Mainzer Jakobinerklub gegründet. Nach freien Wahlen zu einem Rheinisch-deutschen Nationalkonvent wagten sie, im von den Feudalgewalten befreiten Mainz die erste deutsche Republik aus der Taufe zu heben. Durch „Dekret des zu Mainz versammel-

² Bundesarchiv und Stadt Mainz: Deutsche Jakobiner – Mainzer Republik und Cisrhenanen 1792-1798. Handbuch, Mainz 1981; Die Mainzer Republik. Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent. Hg. Vom Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz 1993.

³ Benedikt Erenz: 220 Jahre Bundesrepublik. Die Geschichte unserer Demokratie begann lange vor 1949 – es ist eine eindrucksvolle, bewegende Geschichte, in: Die Zeit, 20.5.2009, S. 88.

⁴ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4.3.2012; auch: Aufruf, hg. von der „Aktion 18. März“, 16. Jg., März 2013, S. 3.

⁵ mwkl.rlp.de: Platz der Mainzer Republik heute eingeweiht; Ludger Fittkau: Lammert will doch keinen März-Gedenktag. 220. Jahrestag der ersten deutschen Republik in Mainz: Deutschlandradio Kultur, Aktuell vom 18.03.2013.

ten Rheinisch-deutschen Nationalkonvents vom 18. März 1793⁶ wurden „in dem Striche Landes von Landau bis Bingen alle bisherigen angemäßen willkürlichen Gewalten abgeschafft.“ Der erste Dekretartikel bestimmte: „Der ganze Strich Landes von Landau bis Bingen, welcher Deputierte zu diesem Kongress schickt, soll von jetzt an einen freien, unabhängigen, und unzertrennlichen Staat ausmachen, der gemeinschaftlichen, auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Gesetzen gehorcht.“⁶ Sicher: Die Mainzer Republik umfasste nur einen Zipfel Deutschlands; sie konnte sich auch nur einige Monate, von März bis Juli 1793, und zuletzt nur durch Anschluss ans revolutionäre Frankreich halten; sie ging nach dem Rückzug der französischen Truppen und der Wiedereroberung von Mainz durch eine preußische Belagerungsarmee wieder unter. Doch sie begründete den Republikanismus in der deutschen Geschichte.

Es verdient in diesem Zusammenhang daran erinnert zu werden, dass neben wichtigen bundesdeutschen Studien zu diesem Ereignis – vor allem des Mainzer Historikers Franz Dumont⁷, aber auch des deutsch-israelischen Jakobinismusforschers Walter Grab⁸ – sich namentlich die DDR-Geschichtswissenschaft seit den 1950er Jahren des Mainzer Themas annahm. Sie leistete mit zahlreichen umfangreichen Forschungsarbeiten einen entscheidenden Beitrag, um diesen ersten Versuch zur Gründung einer demokratischen Republik auf deutschem Boden der Vergessenheit zu entreißen.⁹ Vor allem Heinrich Scheel, ein Mann des antifaschistischen Widerstands der „Roten Kapelle“ und späterer Vizepräsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, schuf mit seiner dreibändigen Dokumentation und Darstellung das wissenschaftliche Standardwerk über die Mainzer Republik.¹⁰ Ebenfalls in der Mitte der

⁶ Heinrich Scheel: Die Mainzer Republik II. Protokolle des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents mit Quellen zu seiner Vorgeschichte, Berlin 1981, S. 434.

⁷ Siehe neben mehreren Spezialstudien vor allem Franz Dumont: Die Mainzer Republik von 1792/93, in: Deutsche Jakobiner. Mainzer Republik und die Cisrhennanen 1792-1798. Ausstellung des Bundesarchivs und der Stadt Mainz im Foyer des Mainzer Rathauses. Bd. 1: Handbuch: Beiträge zur demokratischen Tradition in Deutschland, Mainz 1981, S. 25-36 und 253-257 und ders.: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz, Alzey 1982, 2. Aufl. 1993; ders.: Die Mainzer Republik. Französischer Revolutionsexport und deutscher Demokratieversuch. Bearbeitet von Stefan Dumont und Ferdinand Scherf, Mainz 2013. Siehe auch die Dissertation von Klaus Tervooren: Die Mainzer Republik 1792/93, Frankfurt am Main 1982.

⁸ Walter Grab: Eroberung oder Befreiung? Deutsche Jakobiner und die Franzosenherrschaft im Rheinland 1792-1799, in: Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 4, Trier 1971.

⁹ Siehe vor allem Hedwig Voigt: Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789-1800, Berlin 1955; Wolfgang Rödel: Forster und Lichtenberg, ein Beitrag zum Problem deutsche Intelligenz und französische Revolution, Berlin 1960; Claus Träger: Aufklärung und Jakobinismus in Mainz 1792/93, in: Weimarer Beiträge, 1963, S. 684-704; Mainz zwischen Rot und Schwarz, die Mainzer Revolution 1792-1793 in Schriften, Reden und Briefen, hrsg. von Claus Träger, Berlin 1963; Gerhard Steiner: Freimaurer und Rosenkreuzer. Georg Forsters Weg durch die Geheimbünde, Berlin 1987. Von den Schriftstellern nahm sich vor allem Erik Neutsch des Themas an: Erik Neutsch: Forster in Paris, Erzählung, Leipzig 1981.

¹⁰ Heinrich Scheel: Die Mainzer Republik I: Protokolle des Jakobinerklubs, Berlin 1975; ders.: Die Mainzer Republik II. Protokolle des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents mit Quellen

1950er Jahre griffen auch Schriftsteller in der DDR das Mainzer Thema auf.¹¹

Der 18. März 1848 in Berlin¹²

Am 18. März 1848 war diese mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegende Tradition des Märztages, von der liberalen Historiografie zumeist gemieden, wenn nicht sogar scharf kritisiert, längst verschüttet und am allerwenigsten denen bewusst, die sich in Berlin dem preußischen Militär entgegen stellten und es schließlich zum Rückzug zwangen. Die siegreichen Berliner Barrikadenkämpfe vom 18./19. März 1848 gelten zu Recht als der eigentliche Höhepunkt der deutschen Märzrevolution und bildeten deren Abschluss. Sie waren die erste von den eigenen Untertanen beigebrachte Niederlage der preußischen Hohenzollern. Zum ersten Mal wurde ein preußischer König gezwungen, sich vor den Gefallenen der Revolution barhäuptig zu verneigen, als diese wenige Tage danach am Schloss vorbeigetragen wurden. Es war ohne Frage die größte Demütigung, die ein Hohenzoller durch seine Untertanen hinnehmen musste. Der Revolutionsdichter Ferdinand Freiligrath hat diese Szene in seinem Gedicht „Die Toten an die Lebenden“ poetisch eindrucksvoll gestaltet:

„So war’s! Die Kugel in der Brust, die Stirne breit gespalten,
so habt ihr uns auf schwankem Brett auf zum Altan gehalten!
„Herunter!“ – und er kam gewankt – gewankt an unser Bette;
„Hut ab!“ – er zog – er neigte sich (so sank zur Marionette,
der einst ein Komödiant war!) bleich stand er und beklommen!
Das Heer indes verließ die Stadt, die sterbend wir genommen!“

Aber es ging an diesem 18. März um weit mehr. Die deutsche Revolution hatte zwar schon Ende Februar 1848 eingesetzt, als – unter dem Eindruck der Nachrichten über die erfolgreiche Pariser Februarrevolution, die eine soziale Republik erkämpft hatte – in den südwest- und westdeutschen Klein- und Mittelstaaten Volksbewegungen sich ausbreiteten und die Einsetzung liberaler Regierungen sowie die Einführung bürgerlicher Rechte und Freiheiten erzwangen. Auch waren schon seit Anfang März Bemühungen liberaler und

zu seiner Vorgeschichte, Berlin 1981; ders.: Die Mainzer Republik III. Die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden, Berlin 1989. Siehe auch ders.: Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutsche Süden Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1971.

¹¹ 1954 erschien Hans Jürgen Geerds Roman „Rheinische Ouvertüre“, der bis 1978 fünf Auflagen erlebte. 1956 brachte Friedrich Döppe den Roman „Forster in Mainz“ heraus, der 1960 unter dem Titel „Die Jakobiner von Mainz“ wieder aufgelegt wurde und 1982 als „Forster in Mainz“ erneut erschien. 1981 befasste sich Erik Neutsch mit seiner Erzählung „Forster in Paris“ mit dem Lebensschicksal des berühmtesten Mainzer Jakobiners. So fand die Mainzer Republik über die schöngeistige Literatur frühzeitig auch Eingang in die Geschichtskultur der DDR.

¹² Zum Berliner 18. März siehe die jüngste Studie Rüdiger Hachtmanns, von dem die umfassendste Untersuchung über „Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution“ (Bonn 1997) stammt: ... revolutionär durchlüftet: Berlin im Jahre 1848, in: Hamann/Schröder: Demokratische Tradition, S.13-31.

demokratischer Kräfte im Gange, um die Bildung einer gewählten gesamt-deutschen Nationalvertretung in die Wege zu leiten. Am 3. März hatte die revolutionäre Welle dann auch auf Preußen übergreifen, als eine von Kleinbürgern und Arbeitern getragene Massendemonstration in der rheinischen Metropole Köln mit demokratischen und sozialen Forderungen hervortrat. Noch aber war die Macht der Reaktion in Österreich und Preußen, den beiden rivalisierenden deutschen Großmächten, ungebrochen. Erst der Sturz Metternichs durch die Wiener Revolution am 13. März und schließlich der Sieg des revolutionär-aktiven Volkes in der preußischen Hauptstadt brachten die Wende für Deutschland. Der Wiener 13. März und der Berliner 18. März beseitigten erst die Allmacht der adlig-monarchischen Reaktion in ganz Deutschland, und so eröffneten sich reale Chancen für eine Demokratisierung und nationalstaatliche Einigung des staatlich zersplitterten Landes. Sie machten erst frei für freie demokratische Wahlen, die nur Männerwahlen waren, und die Konstituierung moderner Parlamente in Deutschland, für eine verfassunggebende Versammlung in Preußen und das deutsche Nationalparlament in Frankfurt am Main. Ohne den 18. März kein 18. Mai, kein Eröffnungstag der Frankfurter Nationalversammlung! Ohne die revolutionären Aktionen der „Straße“ keine parlamentarische Demokratie.

Die Auseinandersetzungen um das Revolutionsdatum

Der 18. März war indes von Anfang an umstritten und für manche gleichsam ein ungeliebtes Thema. Bereits in der Revolution stellten Konservative und Liberale diesen Tag als Beginn einer neuen Epoche der deutschen Geschichte offen infrage. Das preußische Parlament, das am 22. Mai seine Sitzungen eröffnete, lehnte bereits am 9. Juni 1848 mit einer zwar knappen Mehrheit den vom Berliner Demokraten Julius Berends eingebrachten Antrag ab, die Verdienste der Barrikadenkämpfer anzuerkennen.¹³ Es distanzierte sich damit von der Revolution und beschränkte sich fortan darauf, eine Verfassung nur mit den alten Gewalten, der Monarchie und der Adelherrschaft, vereinbaren zu wollen. Revolutionäre Demokraten nannten das Berliner Parlament, das als wirkliche Konstituante aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung ausarbeiten und beschließen sollte, daraufhin nur noch Vereinbarerversammlung. Deren Vertreibung aus Berlin nach Brandenburg und schließliche Auflösung durch die Konterrevolution am 5. Dezember 1848 war das Resultat ihrer Inkonsequenz und ihres schwächlichen Versöhnlertums.

Ob überhaupt und wie an die Revolution und namentlich an den Berliner 18. März erinnert werden sollte, das blieb auch nach 1848/49 Gegenstand harter

¹³ Kurt Wernicke: Julius Berends (1817-1876). Ein Berliner Linker von 1848, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 (Bd. 1), Berlin 2003, S. 83-87; Jürgen Hofmann: Das Ministerium Camphausen-Hanseman. Zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49, Berlin 1981, S. 146-150.

geistiger und politischer Auseinandersetzungen.¹⁴ Die Konservativen aller Couleur verdamnten die Revolution generell und vor allem den 18. März als angebliche Aktion des „Gesindels“ der Straße und suchten das Geschehen dieses Tages durch Verschweigen aus dem Gedächtnis des Volkes zu verbannen. Im Urteil von Marx war das Resultat dieser Politik, dass „es der Reaktion in Deutschland auch gelungen ist, die Erinnerung an 1848/49 gänzlich zu tilgen.“¹⁵ Die Liberalen blieben bei ihrer strikten Ablehnung revolutionärer Aktionen des Volkes, rechtfertigten weiter ihre Vereinbarungspolitik und hoben daher allein die Nationalversammlung auf den Schild. Doch gingen sie zunehmend dazu über, im Geiste sogenannter „Realpolitik“ im Ringen um einen deutschen Einheitsstaat nicht mehr in erster Linie auf ein Nationalparlament, sondern ganz auf die preußische Militärmacht zu bauen.

Allein radikale Demokraten und namentlich die deutsche Arbeiterbewegung haben in den folgenden Jahrzehnten am Gedenken an diesen Tag des offenen revolutionären Widerstands festgehalten. Vor allem die revolutionären Sozialdemokraten bekannten sich gerade zum Erbe des 18. März. Sie feierten diesen Tag im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Berlin Jahr für Jahr gegen alle reaktionären Behinderungen mit einem Marsch zu den Gräbern der Barrikadenkämpfer auf dem Märzfriedhof in Friedrichshain. Arbeiter und Demokraten setzten den 18. März von 1848 gegen den Sedantag, den 2. September, mit dem die preußisch-deutschen Machthaber den Sieg über Frankreich von 1870 und die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 feierten. Während Konservative und Liberale die von Bismarck mit Eisen und Blut vollzogene Reichsgründung zum Höhepunkt des Jahrhunderts hochstilisierten, verbanden die Sozialdemokraten mit ihrer Feier des 18. März nun in internationaler Solidarität zugleich die Erinnerung an die Ausrufung der Pariser Kommune am 18. März 1871, zu der sie sich vorbehaltlos bekannten.¹⁶ Anlässlich des 25. Jahrestags der Märzrevolution

¹⁴ Franzjörg Baumgart: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976; Beatrix Bouvier: Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter: Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März, in: Dieter Düding, Peter Friedemann, Paul Münch (Hg.): Öffentliche Festkultur in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbeck 1988, S. 334-351; dies.: Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche (Hg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1169-1200; Walter Schmidt: Die Revolution von 1848/49 in der Traditionspflege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, in: 125 Jahre Kommunistisches Manifest und bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49, Berlin 1975, S. 67-89; ders.: Die Revolutionsrezeption in den Jubiläumsjahrestagen 1873 – 1898 – 1923, in: Helmut Bleiber, Rolf Dlubek und Walter Schmidt (Hg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49: Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 2000, S. 243-278

¹⁵ Karl Marx an Ludwig Kugelmann, 3.3.1869, in: MEW, Bd. 32, S. 596.

¹⁶ Wolfgang Schröder: Die Pariser Kommune von 1871 und die Traditionen von 1848/49 in der deutschen Arbeiterbewegung, in: 125 Jahre Kommunistisches Manifest und bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49, Berlin 1975, S. 205-213; Walter Schmidt: Wilhelm Liebknecht und die Tradition der Revolution von 1848/49, in: Wilhelm Liebknecht. Revolutionärer Demokrat und Sozialist (1826-1900). Wissenschaftliche Konferenz anlässlich seines hundert-

veröffentlichte die Zeitung der Sozialdemokratie „Volksstaat“ am 22. März 1873 Georg Herweghs, des Verfassers der Arbeitermarseillaise, berühmtes Gedicht „Achtzehnter März“, in dessen letztem Vers es trotzig-optimistisch heißt: „Noch sind nicht alle Märzen vorbei, Achtzehnhundert siebzig und drei.“ So entstand in Deutschland gegen das staatsoffizielle Geschichtsverständnis eine vor allem in der Arbeiterbewegung verwurzelte demokratische deutsche Geschichtskultur, die national und international verankert war.

Zum 50. Jahrestag sprach August Bebel am 18. März 1898 in dieser Frage im Reichstag, gewandt gegen Reaktionäre wie Liberale, Klartext: „Das ‘Gesindel’ soll Ihnen noch eingetränkt werden, das werden wir Ihnen nicht vergessen ... Die Männer haben im Jahre 1848 getan, was Sie 1870 getan zu haben vorgeben und sich dessen heute rühmen. Wäre 1848 geworden, was die damaligen Kämpfer des Volkes aus ihm machen wollten, dann war 1870 unnötig, *dann wäre das deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute schon damals gegründet worden.*“¹⁷ Und die liberale Verklärung des Frankfurter Nationalparlaments konterte Bebel mit dem unwiderlegbaren Argument, dass die erste gesamtdeutsche Konstituante „*die Frucht dieses bösen Jahres*, wie es die Herren da drüben bezeichnen, *der Revolution von 1848 war.*“

18. März oder 18. Mai im 20. Jahrhundert

Im 20. Jahrhundert wurde zwar die jahrzehntelange Verleugnung der Revolution in der Geschichtsschreibung schrittweise überwunden, und nach der Novemberrevolution von 1919 nahm sich auch die offizielle Geschichtskultur der Weimarer Republik erstmals dieses Großereignisses an.¹⁸ Doch der 18. März blieb davon weitgehend ausgenommen und – wie vordem schon – Sache der revolutionären Elemente in der deutschen Gesellschaft. Als allein traditionswürdiges Erbe von 1848 galt jetzt offiziell und ganz in bürgerlich-liberaler Manier der 18. Mai, die Frankfurter Nationalversammlung. Die erste große Revolutionsfeier fand 1923 zum 75. Jahrestag nicht am 18. März in Berlin, sondern am 18. Mai in Frankfurt statt.¹⁹ Im Verständnis der dominierenden deutschen Geschichtsschreibung – Veit Valentins fundamentale „Geschichte der Deutschen Revolution von 1848-1849“²⁰ ausgenommen – standen sich die beiden Ereignis-

ten Todestages (Pankower Vorträge Nr. 31), Berlin 2001, S. 5-15.

¹⁷ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98, S. 1600.

¹⁸ Walter Schmidt: Der 75. Jahrestag von 1923: Die Revolution von 1848 in nachrevolutionärer Situation, in: Ders. (Hg.): Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstags von Helmut Bock, Berlin 2000, S.189-206.

¹⁹ Dieter Rebentisch: Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution, Heidelberg 1998.

²⁰ Veit Valentin: Geschichte der Deutschen Revolution von 1848-1849, Erster Band, Berlin 1930; Zweiter Band, Berlin 1931.

nisse in scheinbar unüberbrückbarem Gegensatz geradezu feindlich gegenüber. Das blieb auch nach 1945 so. In der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit betrieb sich die Alt-Bundesrepublik, wenn es um 1848 ging, nach wie vor auf das Nationalparlament und das parlamentarische Erbe. Die DDR hingegen entschied sich in der Tradition der alten Sozialdemokratie für den 18. März, die revolutionäre Aktion und den Arbeiteranteil daran favorisierend, ja zunächst sicher auch überhöhend. Ihre Gedenkkultur, aber auch deren Geschichtswissenschaft hatten zumindest anfangs wenig mit der Nationalversammlung im Sinn²¹, würdigte das Parlament später, freilich keineswegs unkritisch, in Forschungsbeiträgen und Darstellungen.²²

Der historische Platz der Frankfurter Nationalversammlung

Selbstverständlich ist die große Bedeutung der ersten frei gewählten gesamtdeutschen Konstituante trotz ihrer Vereinbarungen mit den alten Mächten nicht ernsthaft zu bestreiten. Ihr gebührt ohne Frage ein vorderer Platz in der deutschen Erinnerungskultur zu 1848/49. Sie verkörperte als ein Ergebnis erobelter Volkssouveränität nachhaltig das Streben der Nation nach demokratischem Zusammenschluss. Ihr oblag es als Hauptfaktor der deutschen „institutionellen Revolution“, die durch die revolutionären Volksbewegungen in allen deutschen Regionen erkämpften Rechte und Freiheiten gesetzlich zu verankern, die Revolutionsresultate gleichsam zu „verrechtlichen“ und deren Bestand auch zu gewährleisten. Die Frankfurter Paulskirche brachte immerhin die Ende März 1849 beschlossene Reichsverfassung zustande, deren Verwirklichung Deutschland in eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft geführt hätte. Auch wenn dies von der obsiegenden adlig-monarchischen Konterrevolution verhindert wurde, so haben Prinzipien dieser Verfassung, wie etwa die Grundrechte, in den deutschen Verfassungen des 20. Jahrhunderts, der von Weimar, dem Grundgesetz der Bundesrepublik, aber auch der DDR-Verfassung von 1949²³, fortgewirkt. Mit ihren Verhandlungen begründete das deutsche Nationalparlament von 1848/49 die Tradition des modernen Parlamentarismus in Deutschland. Doch darf darüber nicht verschwiegen werden, dass es ohne den Berliner März keinen Frankfurter Mai gegeben hätte.

²¹ Walter Schmidt: Das Erbe der Revolution von 1848 in den Jubiläumsjahren 1948-1973-1998. Geschichtsforschung und Geschichtspolitik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 27, Jg., 1998, Heft 8, S. 79-135.

²² Gunther Hildebrandt: Parlamentsopposition auf Linkskurs. Die kleinbürgerlich-demokratische Fraktion Donnersberg in der Frankfurter Nationalversammlung, Berlin 1975; ders.: Opposition in der Paulskirche, Berlin 1981; ders.: Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung, Berlin 1989; ders.: Die Paulskirche. Parlament in der Revolution 1848/49, Berlin 1986; siehe auch: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1972, 1975, 1988, S. 127-140.

²³ Siehe Werner Künzel: Revolution und Evolution in der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, in: Staat und Recht, Berlin 1987, H. 9, S. 725-733, bes. 728 ff.; ders.: Verfassung und Wirklichkeit. Die erste DDR-Verfassung und die Abkehr von ihren Grundsätzen, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung der DDR-Geschichte, Leipzig, Jena, Berlin 1990, S. 63.

Unvergessen bleiben muss aber auch, dass diese Reichsverfassung nicht kampflos aufgegeben wurde, sondern das revolutionär aktive Volk sich ihrer annahm. Bei dem Versuch, die parlamentarisch sanktionierte Verfassung eines demokratisch geeinten Deutschland in allen Landesteilen auch durchzusetzen, entbrannte im Frühsommer 1849 in Breslau, in Dresden, im Rheinland und vor allem im deutschen Südwesten ein erbitterter Kampf revolutionär demokratischer Kräfte gegen die preußisch-deutsche Konterrevolution, ein bewaffneter Kampf, dem die Verfassung ihren Namen gab. In der sogenannten Reichsverfassungskampagne verfügten die Demokraten in Baden und in der Pfalz über Macht und Militär und die bewaffneten Auseinandersetzungen standen an Härte und revolutionärer Entschiedenheit den Barrikadenkämpfen des Berliner März in nichts nach, sondern übertrafen sie eher noch. Ein demokratisches Geschichtsverständnis sollte daher den 18. März und den 18. Mai 1848 nicht schroff gegeneinander stellen, sondern deren reale historische Beziehungen stets im Blick behalten, sie beide als gleichberechtigt denkwürdig akzeptieren. Dabei ist zugleich den Endkämpfen um die Verfassung im deutschen Südwesten, die erst mit der Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juli 1849 eine endgültige Niederlage erlitten und das Ende der deutschen Revolution bedeuteten, der ihnen zustehende Platz einzuräumen.

Doch besteht im 1990 staatlich wieder vereinigten Deutschland die Dichotomie von Märzrevolution und Nationalversammlung leider noch weiter. 1998, als die Revolution 150 Jahre zurücklag, fand das offizielle Revolutionsgedenken nicht im inzwischen in Berlin ansässigen Bundestag, sondern ausdrücklich in der Frankfurter Paulskirche statt. Das geschah nicht am 18. März, sondern wiederum erst am 18. Mai. Die Paulskirche dominierte also immer noch den Friedrichshain. Der 18. März hat es – ungeachtet deutlicher Aufwertungen, die die revolutionären Aktivitäten der demokratischen Massen vor allem in den südwestdeutschen Regionen im Zusammenhang mit dem 150. Jahrestag 1998 erfuhren, – immer noch sehr schwer, als entscheidender Ausgangspunkt der deutschen Ereignisse von 1848 anerkannt zu werden. Offiziell blieb man der revolutionären Gewalt des eigenen Volkes abhold. Warum nur fällt es den Offiziellen in Deutschland leicht, revolutionär-demokratische Massenaktionen anderswo, etwa in Nordafrika, zu billigen und sogar zu begrüßen, wenn dies in ein außenpolitisches Konzept zu passen scheint, während diese in der längst vergangenen eigenen Geschichte als Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts nicht wirklich akzeptiert werden?

Für den Friedrichshain als nationalen Gedenkort und den 18. März als nationalen Gedenktag

Diese Vernachlässigung der Revolutionskämpfe des Berliner März zu überwinden und ihnen den Platz zuzuweisen, die ihnen im Geschichtsverständnis unseres Landes gebührt, hat sich die „Aktion 18. März“ unter deren Mitgrün-

der und führendem Kopf Volker Schröder zur Aufgabe gemacht.²⁴ Und sie hat inzwischen einiges in Bewegung gebracht. Ihr ging und geht es darum, neben den bereits akzeptierten anderen beiden Achtundvierziger Traditionszentren, der Frankfurter Paulskirche und der Festung Rastatt, der letzten revolutionären Bastion von 1848/49, um deren Würdigung sich erst und vor allem der Bundespräsident Gustav Heinemann in seiner Amtszeit von 1969 bis 1974 verdient gemacht hatte, endlich auch den Berliner Revolutionsaufakt und damit den traditionellen Berliner Gedenkort, den Märzriedhof im Friedrichshain, an die Seite zu stellen. Inzwischen heißt der Platz westlich des Brandenburger Tors, über den 1848 die Massen zu demokratischen Volksversammlungen in den Tiergarten strömten, Platz des 18. März. Damit wird in einem zentral gelegenen öffentlichen Raum der Berliner Märztag von 1848 und der Wahltag von 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik, aber – für geschichtsbewusste Freunde Frankreichs – sicher auch der 18. März von 1871 und vielleicht nun auch die unter französisch revolutionärem Einfluss entstandene Mainzer Republik von 1793 gewürdigt. Jedes Jahr veranstaltet die „Aktion“ am 18. März gut besuchte Kundgebungen auf diesem Platz westlich des Brandenburger Tors und im Friedrichshainer Friedhof der Märzgefallenen. Der Begräbnisort selbst ist – dem erfolgreichen Wirken des Paul Singer-Vereins und eines Kuratoriums „Friedhof der Märzgefallenen“ ist es zu danken – inzwischen würdig gestaltet worden. Er hat als Provisorium auch einen Container erhalten, in dem eine bescheidene Ausstellung Platz fand.²⁵ Der Weg zum Märzriedhof trägt – Forderungen von Schülern folgend – den Namen des auf den Barrikaden des 18. März gefallenen Berliner Schlosserlehrlings Ernst Zinna. So erhält die Bundeshauptstadt einen wichtigen neuen Gedenkort. Der Märzriedhof im Friedrichshain ist auf dem Weg, zu einer nationalen Gedenkstätte – ähnlich jener in der Frankfurter Paulskirche und der einstigen Rastatter Festung – zu werden. Zu den Schritten, mit denen an den 18. März erinnert werden soll, gehört auch, dass der Berliner Senat beschloss, seine Dienstgebäude am 18. März zu beflaggen.

Nicht zuletzt bemüht sich die „Aktion 18. März“ darum, dass der Berliner März als ein Höhepunkt deutscher Geschichte nun zwar nicht – wie zu Anfang gefordert – zum deutschen Nationalfeiertag, wohl aber zu einem offiziellen nationalen Gedenktag erklärt wird, worüber die Entscheidung dem Bun-

²⁴ Einen Einblick in die Aktivitäten über die Jahrzehnte hinweg vermittelt der Sammelband von Christoph Hamann und Volker Schröder (Hg.): *Demokratische Tradition und revolutionärer Geist*, Freiburg 2010, in den auch mehrere der auf den Kundgebungen am 18. März gehaltene traditionelle „Reden zur Märzrevolution“ Aufnahme fanden.

²⁵ Dazu Susanne Kitschun: *Der Friedhof der Märzgefallenen – Entwicklung einer nationalen Gedenkstätte*, in: Hamann/Schröder: *Demokratische Tradition und revolutionärer Geist*, S. 61-69; dies. und Andreas Köhler: *Friedhof der Märzgefallenen. Entwicklung einer nationalen Gedenkstätte*; Sarah Liebig: *Erinnerung an 1848 in der Zukunft. Friedhof der Märzgefallenen soll als nationaler Gedenkort Bedeutung erlangen*, in: *Neues Deutschland*, 18.3.2010, S. 11. Siehe auch: *Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen*. Broschüre zur Ausstellung, Berlin 2011.

despräsidenten zukommt. Angesichts der langen, widerspruchsvollen Rezeptionsgeschichte der Achtundvierziger Revolution in der deutschen Öffentlichkeit gestaltet sich die Verwirklichung dieser Idee allerdings nach wie vor recht schwierig. Dazu bedarf es sicher eines langen Atems. Die seit zwei Jahrzehnten währende Diskussion darum ist noch in vollem Gange.²⁶ Im Abgeordnetenhaus von Berlin stimmten 2008 alle Parteien von der CDU bis zu den Linken einstimmig für den Vorschlag an den Bundesrat, den 18. März im gedachten Sinn zu einem Gedenktag zu beantragen. Aber Berlin fand im Bundesrat nicht die Unterstützung der anderen Bundesländer.²⁷ Auch die mit dem gleichen Ziel unternommene Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen von März 2013²⁸ wurde zurückgestellt.²⁹ Der Bundestagspräsident, der sich ein Jahr zuvor wärmstens für den 18. März ausgesprochen hatte,³⁰ wollte 2013 keinen März-Gedenktag.³¹ So ist diese Aufgabe der „Aktion“ bislang unerledigt geblieben. „Die Initiative, den 18. März zum ‚nationalen Gedenktag‘ zu machen, muss sich mit der Verwirklichung ihrer Idee gedulden. An Unterstützern aber fehlt es wirklich nicht“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in der Märzmitte 2013 über die Bemühungen einer, wie es heißt, der „erfolgreichsten Berliner Bürgerinitiativen“. ³² Zustimmung fand der Vorschlag bei nicht wenigen Historikern, Politikern und Publizisten. Mehrere Printmedien haben sich in den letzten Jahren wiederholt für eine solche Entscheidung ausgesprochen.³³ Am nachdrücklichsten setzte sich zuletzt Benedikt Erenz in „Die Zeit“ dafür ein.³⁴

²⁶ Siehe dazu Hamann: Trotz alledem – die Aktion 18. März, S. 57-59.

²⁷ Tagesspiegel, 4.7.2008.

²⁸ 18. März nationaler Gedenktag. Interfraktioneller Antrag im Bundestag in Vorbereitung, in: Aufruf, hg. von der Aktion 18. März, 16. Jg., März 2013.

²⁹ Presseerklärung der Aktion 18. März, Berlin, 14. März 2013: Kein gemeinsamer Antrag im Deutschen Bundestag für einen Nationalen Gedenktag 18. März

³⁰ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4.3.2012: „Manches spricht dafür, den 18. März zu einem Gedenktag in unserem Land zu machen.“

³¹ Deutschlandradio Kultur, 18.3.2013: „Ich glaube, man sollte hier das Wesentliche und das eher Wünschenswerte nicht ohne Not miteinander verwechseln. Wir haben in Deutschland eine bemerkenswert große Zahl an Gedenktagen, von denen die allermeisten das öffentliche Bewusstsein nicht erreichen. Dagegen gehört beispielsweise der 9. November nicht zu den öffentlichen Gedenktagen, hat aber das öffentliche Bewusstsein mühelos erreicht. Und deswegen finde ich viel wichtiger, dass wir durch solche demonstrativen Signale, wie wir das heute morgen hier tun (die Umbenennung in Platz der Mainzer Republik) und wie ich das immer wieder auch in Berlin getan habe, die herausragende Bedeutung solcher Ereignisse ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, als die Serie der Gedenktage gutwillig, aber oft folgenlos zu verlängern.“

³² Mechthild Küpper: Der Tag der demokratisch Gesinnten, in: FAZ, 15.3.2013.

³³ Volker Ullrich: Das gelobte Land. Klassenkämpfe in Frankreich, in: Die Zeit, 12.4.2006; Liebe Märzgemeinde! In: Frankfurter Rundschau, 19.3.2010; Waltraud Schwab: Den Kampf für Demokratie feiern. Erinnerung 18. März statt 3. Oktober, in: Die Tageszeitung, 6/7. 3.2010; Nationalfeiertag 18. März? Volker Schröder: Um zu erinnern, braucht man einen langen Atem, in: Neues Deutschland, 17.3.2010, S. 8.

³⁴ Benedikt Erenz: Der wahre Tag der Deutschen. Warum der 18. März nationaler Gedenktag, ja

Zugleich aber fehlt es nicht an Gegenstimmen. Die Argumente gegen einen solchen Gedenktag sind unterschiedlich. Gewiss trifft zu, dass der 18. März nach mehr als eineinhalb Jahrhundert Vergessenmachen dieses Datums (noch) kein so breites Echo in der Mehrheit der Bevölkerung hat wie etwa der 9. November, auf den sich der Bundestagspräsident beruft, was sicher mit der sich für die Mehrheit der Deutschen ohnehin bislang gerade ein Vierteljahrhundert zurückliegenden und immer noch aktuellen Maueröffnung von 1989, aber wohl kaum mit der Novemberrevolution und der Schande der sogenannten Kristallnacht von 1938 zusammenhängt.³⁵ Doch unter mangelndem Echo in der Bevölkerung litten und leiden wohl auch andere Gedenktage. Das könnte folglich höchstens ein Grund mehr sein, durch Verbreitung von Wissen mit Hilfe eines Gedenktags Veränderungen im deutschen Geschichtsbewusstsein herbeizuführen.

Auch trifft nicht selten auf wenig Sympathie, dass mit dem 18. März ein wichtiges Ereignis in Preußen zum Gedenktag würde. „Aber bitte nicht Preußen...“ lautete der Titel eines Artikels des Berliner „Tagesspiegels“ anlässlich der fehlenden Unterstützung des Berliner Antrags von 2008 im Bundesrat durch die anderen Länder.³⁶ Gegen den 18. März-Vorschlag wurde in einem Interview mit dem Historiker Dieter Langewiesche von historischer Seite erneut der 18. Mai und zusätzlich der weniger bekannte 27. Dezember, der Tag der Verabschiedung des Grundrechtskatalogs durch die Frankfurter Nationalversammlung, ins Feld geführt. Diese Empfindlichkeit wird hingegen durchaus nicht allen Ereignissen aus Preußens Geschichte entgegengebracht, wie soeben die Feiern zeigen, die an die Völkerschlacht von 1813 gegen Napoleon erinnern, deren deutsche Hauptkräfte von den Preußen gestellt wurden. Dennoch mag zu verstehen sein, dass jenes Preußen, dessen Militärmacht sich in der deutschen Geschichte wiederholt, nicht zuletzt bei der Niederschlagung der Volksbewegungen in der Reichsverfassungskampagne in Sachsen, im Rheinland und vor allem im deutschen Südwesten, als Reaktionshort hervorgetan hat, auf Ablehnung stößt. Dem sollte und muss volles Verständnis entgegengebracht werden. Auch wenn da bisweilen vielleicht auch andere, föderale Aspekte und Interessen mit hineinspielen mögen. Ganz im Gegensatz dazu haben sämtliche Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg von Oettinger über Mappus bis Kretschmann es nie versäumt, den Berliner 18. März in jedem Jahr mit einem Kranz für den Friedrichshainer Märzfriedhof zu würdigen.

Doch gerade gegen die reaktionäre Militärherrschaft richtete sich der Barrikadenkampf der Berliner Bürger, Studenten und Arbeiter am 18./19. März 1848.

Nationalfeiertag werden muss, in: Die Zeit, 21.3.2013, S. 21.

³⁵ Presseerklärung der Aktion 18. März, 14.3.2013.

³⁶ Albert Funk: Aber bitte nicht Preußen ... Berlin will den 18. März zum Demokratie-Gedenktag erklären. Die Länder blocken, in: Tagesspiegel, 6.7.2008, S. 4. Dazu auch die Korrespondenz zwischen Volker Schröder und Dieter Langewiesche, 7., 9., 14.7.2008, in dem Schröder vermerkt, dass sein eingereichter Artikel von der Redaktion des „Tagesspiegel“ nicht veröffentlicht wurde.

Dieses Ereignis verkörpert in besonderer Weise ein anderes, das demokratische Preußen, was nicht einfach ausgeblendet werden sollte. Dabei ging es den Revolutionären und Demokraten eben nicht nur um Preußen, sondern um Deutschland. Schließlich wurde durch diese demokratisch-revolutionäre Aktion die Macht der preußischen Reaktion so geschwächt, dass bereits eingeleitete demokratische Entwicklungen in ganz Deutschland nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten und ein Nationalparlament gewählt und wirksam werden konnte. In diesem Sinne sollten Demokraten keinen Anstoß daran nehmen, dass ein solches „preußisches Datum zu einem Gedenktag für ganz Deutschland“ gemacht wird. Ganz abgesehen davon, dass es sich um ein historisches Ereignis in der Stadt handelt, die 1871 nicht nur wegen der Bismarckschen Revolution von oben deutsche Hauptstadt wurde und 1991 nach längerer Debatte durch Bundestagsbeschluss mehrheitlich zur Hauptstadt und zum Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland erklärt wurde. Warum sollte diese Stadt, die nun mal im ehemaligen, im Februar 1947 durch Beschluss der Alliierten bekanntlich aufgelösten Preußen liegt, nicht auch als ein wichtiger „Geburtsort der Demokratie in Deutschland“ verstanden und gewürdigt werden? Andere Staaten haben in ähnlichen Fällen keine derartigen Schwierigkeiten.

Die Aktion 18. März wird sich auch nach dem jüngsten Scheitern des Antrags, den Berliner 18. März zu einem nationalen Gedenktag zu erklären, in diesem Jahr sicher weiter dafür einsetzen. „Ein Gedenktag verändert nicht die Welt, aber Symbole haben ihren Wert. Der 18. März steht für Freiheit und Demokratie, Völkerfreundschaft und Solidarität“ heißt es überzeugend in der Presseerklärung der „Aktion“ unmittelbar nach Bekanntwerden der Zurückstellung.³⁷ Und zugleich ruft die „Aktion“ auf: „Helfen Sie mit, den Geist der Märzrevolution und des Völkerfrühlings in die Herzen und Köpfe der Menschen zu tragen.“

³⁷ Presseerklärung der Aktion 18. März, 14.3.2013.